

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH: WEITERHIN IM HERZEN EUROPAS?

Hans-Hartwig Blomeier



Hans-Hartwig Blomeier ist Leiter des Auslandsbüros Großbritannien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

EINLEITUNG

„Der Platz des Vereinigten Königreichs liegt im Herzen Europas“, so formulierte es der britische Premierminister John Major 1992,¹ und so wiederholte er es 2014 bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung.²

Jenseits dieses politischen Bekenntnisses stellt sich allerdings die Frage, wo das Vereinigte Königreich heute steht, welche Rolle es in Europa einnimmt bzw. einzunehmen bereit ist. Das von der wiedergewählten Regierung Cameron in Aussicht gestellte Referendum wirft nicht zuletzt die Grundsatzfrage auf, ob das Vereinigte Königreich Teil der Europäischen Union bleiben oder diese verlassen soll. Entfremden sich die EU und das Vereinigte Königreich zunehmend oder haben sie nie wirklich zueinander gepasst? Wäre damit der so genannte *Brexit* eine logische Konsequenz oder ist er eine unter allen Umständen zu verhindernde Katastrophe für das Vereinigte Königreich und/oder die EU?

Das Vereinigte Königreich und die EU: Eine andauernde unbequeme Partnerschaft? Oder liegt in der britischen EU-Perspektive nicht auch die Chance (und ein gewisser Druck) für die EU, Positionen zu hinterfragen und Reformen anzustreben, die letztlich für den Fortbestand der Gemeinschaft unerlässlich sind?

- 1 | Major, John 1992: Leader's speech, Brighton 1992 (Rede), 09.10.1992, in: <http://britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=138> [27.10.2015].
- 2 | Major, John 2014: Britain and the EU: in or out? (Rede), 13.11.2014, in: http://kas.de/upload/dokumente/2014/11/141113_Rede_John_Major.pdf [27.10.2015].

Einfache Antworten auf diese Fragen gibt es nicht, zumal die Diskussion im Vereinigten Königreich nicht einheitlich ist, Interessenskonflikte an der Tagesordnung sind und die Pro- und Anti-EU-Diskussion quer durch die politische Landschaft verläuft. Das EU-Referendum wird diese Diskussion ohne Zweifel zuspitzen und sowohl Befürworter wie auch Gegner zwingen, Argumente und Emotionen zu verschärfen.

Hinter dieser „britischen Frage“ steckt neben erheblichem innenpolitischen (z.B. die so genannte Schottland-Frage) auch europapolitischer Sprengstoff. EU-Skepsis ist seit geraumer Zeit kein exklusiv britisches Phänomen mehr; Anti-EU-Bewegungen und Parteien haben in ganz Europa erheblichen Zulauf. Allein diese Tatsache gebietet es, sich intensiv mit den britischen Fragen und Forderungen auseinanderzusetzen, nicht nur um das Vereinigte Königreich als elementaren Bestandteil in der EU zu halten, sondern auch, um die EU als Ganzes zukunftsfähig und als Einheit zu gestalten. Glaubwürdigkeit und Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern aller Mitgliedstaaten ist dafür eine wesentliche Voraussetzung; ihre Sorgen und Fragen sind ernst zu nehmen. Insofern ist die *Brexit*-Debatte nicht nur ein Problem und ein Risiko für beide Seiten, sondern auch eine Chance für das Vereinigte Königreich und für Europa.

DIE HISTORIE

Bezeichnend für die aktuelle Debatte um die Rolle des Vereinigten Königreichs in der EU im Vorfeld des Referendums ist, dass sich nun Historiker auf beiden Seiten zu Wort gemeldet haben:³ Während auf der Seite der europaskeptischen Kreise die *Historians for Britain* in ihrem Manifest unter dem Titel „Britain: apart from or a part of Europe?“ eine Reihe (zum Teil fragwürdiger) Argumente dafür ins Feld führen, dass das Vereinigte Königreich immer schon ein eigenständiger Teil jenseits des *continental Europe* gewesen sei, reagierte die proeuropäische Gegenseite umgehend: Die *Historians for History* stellten fest, dass das Vereinigte Königreich seit Jahrhunderten zu Europa gehöre und die gegenseitigen Verflechtungen so intensiv seien, dass dies nicht ernsthaft geleugnet werden könne. Auch wenn an britischen Universitäten *British History* und *European History* in getrennten Sektionen unterrichtet wird und *European* den Kontinent und eben nicht die Insel meint, ist in der Tat schwer vorstellbar, wie die gegenseitige Beeinflussung

3 | Vgl. Chabal, Emile / Malonowski, Stephan 2015: Ganz aparte Briten?, in: Die Zeit, 16.07.2015.

ignoriert werden kann. Diese macht schließlich auch vor der britischsten aller Institutionen nicht halt: der Monarchie. Spätestens seit der Inthronisierung eines niederländischen Fürsten auf dem britischen Thron 1689 und eines deutschen Kurfürsten als König von Großbritannien und Irland 1714 ist der kontinentaleuropäische Einfluss im Vereinigten Königreich auch auf dieser Ebene Realität.

So sehr das Vereinigte Königreich demzufolge *a part of Europe* ist, so klar muss auch sein, dass damit die schwierige Beziehung zur Europäischen Union nicht automatisch gelöst wird. Mit *Europe* verbinden die meisten Briten heute nach wie

Großbritanniens Beitritt zur EWG im Jahr 1973 beruhte auf wirtschaftlichen Motiven. Eine Weiterentwicklung der EWG zu einer politischen Union war nicht gewünscht.

vor spontan das „kontinentale Europa“, also alles, was jenseits des Ärmelkanals beginnt. Die emotionale Affinität ist somit keineswegs umfassend und selbstverständlich vorhanden. Selbst die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs ist im Vereinigten Königreich trotz der auch dort erfolgten Städtebombardierung mangels Truppeneinmarschs eine andere. Und der Beitritt zur damaligen EWG im Jahr 1973 war eben „nur“ das: der Beitritt zu einem Wirtschafts- und Handelsblock. Deren Weiterentwicklung zu einer politischen Union haben die Briten teilweise nicht oder, falls doch, nur mit zunehmender Skepsis wahrgenommen. Nicht zu vergessen ist, dass die mangelnde Affinität zumindest in dieser Gründungsphase immerhin auf Gegenseitigkeit beruhte: Der erste Antrag auf Beitritt zur EWG 1961 scheiterte bekanntlich am dezidierten Widerstand Frankreichs.⁴ Erst im zweiten Anlauf (Antrag 1967) und nach langwierigen Verhandlungen wurde das Vereinigte Königreich schließlich 1973 aufgenommen.

Das erklärt auch die heutige Erwartungshaltung zum anstehenden Referendum. Das letzte, im Jahr 1975 durchgeführte Referendum liegt nun bereits 40 Jahre (und damit mehr als eine Generation) zurück. Außerdem, so die überwiegende Meinung, habe sich dies

4 | Charles de Gaulle verwies seinerzeit darauf, dass England „insular, maritim, durch seinen Handel und seine Märkte den verschiedenartigsten und häufig weit auseinander liegenden Ländern verbunden sei“. Auch habe „das Land in all seinem Tun sehr eigenwillige Gewohnheiten und Traditionen“. Ein Beitritt der Briten und der anderen Kandidaten würde die Gemeinschaft daher unwiderruflich verändern. Es entstünde „eine riesige atlantische Gemeinschaft“, die von den USA angeführt werden und die Europäische Gemeinschaft „schnell absorbieren“ würde. Vgl. Krupa, Matthias 2013: Ein Königreich für Europa, Die Zeit, 31.01.2013, in: <http://zeit.de/2013/06/Grossbritannien-EU-Beitritt-Geschichte/seite-2> [27.10.2015].

auf den Beitritt zu dieser Wirtschaftsgemeinschaft bezogen, die es so nicht mehr gäbe, weshalb nun eine erneute Befragung nicht nur sinnvoll, sondern notwendig sei.

Angesichts dieser diffusen und zum Teil konfusen Sachlage und der nicht nur semantischen Trennung von Europa, Kontinentaleuropa und Europäischer Union ist die zentrale Frage heute unzureichend beantwortet, was das Vereinigte Königreich mit der Europäischen Union eint, welche gemeinsamen Interessen und Bedürfnisse es gibt, aber auch, welche Grenzen und Rücksichtnahmen in dieser Beziehung sinnvoll und notwendig sind, wenn diese Union auf Dauer und nachhaltig Bestand haben soll.

Der Tunnel unter dem Ärmelkanal hat den „Kontinent“ und das „Königreich“ sicher verkehrstechnisch näher gebracht. Der alte Witz, dass Nebel über dem Kanal den Kontinent isoliert habe, drückt aber recht klar Weise britisches Selbstverständnis aus.



Union Jack und EU-Flagge: Die Distanz zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich ist im Kontext der jüngsten Krise noch einmal größer geworden. | Quelle: Dave Kellam, flickr ©©.

DIE AKTUELLE LAGE

Vor diesem historischen Hintergrund ist die Beziehung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich von einer zunehmenden Spannung, wenn nicht gar Entfremdung gekennzeichnet. Die Weiterentwicklung der EWG hin zur EU ist von Großbritannien weder emotional (im Sinne einer tieferen Bindung) noch praktisch

Das Vereinigte Königreich hat die Osterweiterung der EU zwar aktiv mitbetrieben, sich dann aber den praktischen Konsequenzen widersetzt.

vollzogen worden, wie die zahlreichen Sonderregelungen und *Opt-outs* belegen. Zwar hat das Vereinigte Königreich die Osterweiterung der EU aktiv mitbetrieben und unter-

stützt, sich dann aber den praktischen Konsequenzen unter anderem im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit zunehmend widersetzt. Diese Distanz ist im Kontext der jüngsten Krisen in der EU nicht nur deutlich zu Tage getreten, sie hat sich auch verstärkt. In seiner Entscheidung, der Eurozone nicht beizutreten, hat sich das Land durch die Euro-Schuldenkrise eher bestätigt gefühlt und sieht sich demzufolge nicht in der Pflicht, sich an einer *Bailout*-Lösung etwa im Falle Griechenlands zu beteiligen. Dieses Konzept oder ein gemeinsamer Stabilitätspakt und andere finanzielle Sicherungsinstrumente der EZB sind aus der Sicht der Briten ohnehin auf die Eurozone beschränkt und werden von daher als für die eigene Zukunft in der EU nicht relevant angesehen.

Im besten Falle ist den Briten ein gewisses (fast mitleidiges) Verständnis darüber zu entlocken, dass die Eurozone enger zusammenwachsen und stärker integrieren muss, damit der Euro als Gemeinschaftswährung funktionieren kann. Die Eurozonenkrise hat aber die ohnehin stark verwurzelte und über alle Parteigrenzen hinaus gehende Überzeugung gestärkt, dass ein Beitritt zum Euro für das Land auf absehbare Zeit keine erstrebenswerte Option ist.

Es ist unter diesen Umständen für die Briten von elementarer Bedeutung, dass die EU nicht mit der Eurozone gleichgesetzt wird bzw. dass eine EU-Mitgliedschaft mittel- und langfristig nur mit einer Einheitswährung für alle Mitgliedsländer vereinbar ist. Die Vorstellung eines Europas der zwei Geschwindigkeiten reicht den Briten daher nicht als Zukunftsvision, da unterschiedliche Geschwindigkeiten letztlich zum gleichen Ziel führen. Die britischen Vorstellungen zielen auf ein Europa mit unterschiedlichen Integrationsintensitäten und unterschiedlichen Währungen, was Kritiker dann wiederum als ein Europa *à la carte* bezeichnen.

DIE MIGRATIONSKRISE

Im Kontext der europaweiten Flüchtlingskrise wird in der öffentlichen Debatte in Großbritannien kaum zwischen arbeitssuchenden Migranten, Wirtschaftsflüchtlingen und Asylsuchenden, sondern bestenfalls zwischen „legalen“ und „illegalen“ Einwanderern differenziert. Die offiziellen Migrationsstatistiken sind zudem durch die ausländischen Studenten in Großbritannien (rund 180.000 im

vergangenen Jahr) aufgebläht. Sie werden alle unter dem Begriff *migrants* subsumiert. Entsprechend problematisch verläuft die Diskussion über Ursachen und Umgang mit dem Phänomen.

Während dies bisher eine eher diffuse Problematik war, die sich vor allem im Kontext der regelmäßig veröffentlichten Einwanderungsstatistiken widerspiegelte, haben die Bilder und Konfrontationen zwischen Polizei und Migranten im Sommer 2015 in Calais am Eurotunnel das Thema deutlich zugespitzt. Bereits im Frühjahr hatte sich die britische Regierung kategorisch geweigert, an einer europaweiten Quotierung zur Aufnahme von Flüchtlingen beteiligt zu werden (damit standen die Briten allerdings nicht allein da). Diese kategorische Position räumte die Regierung Anfang September (in offensichtlicher Reaktion auf den Eindruck, den die Bilder des ertrunkenen Jungen in Bodrum in der britischen Öffentlichkeit ausgelöst hatten) und verkündete, über die nächsten fünf Jahre 20.000 syrische Flüchtlinge unmittelbar aus den Flüchtlingslagern nach Großbritannien bringen zu wollen. Ferner sollen die Ausgaben der direkten Hilfsgelder Großbritanniens von 115 Million auf 1,1 Milliarden britische Pfund erhöht werden. Eine Beteiligung am EU-Plan zur Adressierung der Flüchtlingskrise und den entsprechenden finanziellen Beitrag lehnt Großbritannien allerdings weiterhin ab.

Nach den Bildern des ertrunkenen Jungen am Strand von Bodrum kündigte die britische Regierung an, über die nächsten fünf Jahre 20.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen.

Das Thema Migration steht in Großbritannien seit Längerem und nicht erst seit der jüngsten Zuspitzung der Flüchtlingsproblematik im Mittelpunkt der innenpolitischen Debatte. Der Europawahlkampf 2014 stand ganz im Zeichen dieser Frage, deren Inhalt sich hierbei im Wesentlichen darauf reduzierte, inwieweit die EU-Mitgliedschaft letztlich maßgeblich für den unkontrollierten Zufluss von Migranten nach Großbritannien verantwortlich und inwieweit das Land an seine Grenzen hinsichtlich seiner Aufnahmekapazität (Sozialversicherung, Wohnungsbau, Erziehungssystem) gelangt sei.

Dabei ist bemerkenswert, dass die Debatte über Umfang und Kontrolle von Migration in einen kausalen Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft und der Arbeitnehmerfreizügigkeit (*free movement of workers*) gesetzt wird. Die ebenso bedeutende Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten und die besonderen Beziehungen zu den Commonwealth-Mitgliedstaaten werden dabei kaum oder nur am Rande erwähnt. Der (berechtigte) Stolz, ein

weltoffenes Land zu sein, ist der steigenden Sorge gewichen, des ständig steigenden Stroms von Migranten nicht mehr Herr werden zu können.



Flüchtlinge in Calais: Tausende hoffen, von hier aus irgendwie nach Großbritannien zu gelangen. | Quelle: © Regis Duvignau, Reuters.

DIE SCHOTTISCHE FRAGE

Das Unabhängigkeitsreferendum vom vergangenen 18. September 2014⁵ hat den drohenden Zerfall des Vereinigten Königreichs vorerst – jedoch nur knapp – abgewendet. Die von Seiten der Regierung in dem Zusammenhang geäußerte Hoffnung, dass dies nun für eine Generation Bestand hat, könnte sich jedoch als trügerisch erweisen. Schon während der Referendumskampagne wurde immer wieder die Frage gestellt, welche Auswirkungen ein Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU für Schottland hätte. Es wurde bereits zu dem Zeitpunkt offen darüber spekuliert, dass für diesen Fall erneut ein schottisches Unabhängigkeitsreferendum angestrebt werden würde, um einem dann unabhängigen Schottland die Möglichkeit zu eröffnen, Mitglied der EU zu bleiben bzw. wieder zu werden. Unabhängig von den völkerrechtlichen und europarechtlichen Komplikationen eines solchen Falles machte diese Diskussion auch deutlich, dass die Beziehungen zu Europa

5 | Zur detaillierten Analyse vgl. Blomeier, Hans-Hartwig 2014: Großbritannien weiter vereint, aber was nun?, KAS-Auslandsinformationen 10/2014, in: http://kas.de/wf/doc/kas_39341-544-1-30.pdf?141202112237 [27.10.2015].

innerhalb des Vereinigten Königreichs signifikante Unterschiede aufweisen. Schottland gilt allgemein als weniger europakritisch, ja sogar als europafreundlich.⁶ Davon jedoch auf eine uneingeschränkte EU-Zustimmung zu schließen wäre falsch. Auch von der schottischen Regierung werden EU-Reformen angemahnt, allerdings sind diese im Umfang und im Ton vergleichsweise zurückhaltender.⁷

Es ist jedoch wichtig, im Auge zu behalten, dass die Fragen der EU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs und des inneren Zusammenhalts desselben bzw. die Frage der schottischen Unabhängigkeit eng miteinander verknüpft sind und dies im Zuge der Referendumskampagne eine entsprechende Rolle spielen wird. Dies kann und wird vermutlich so weit gehen, dass die Pro-EU-Kampagne damit argumentieren wird, dass ein Austritt aus der EU unweigerlich einen Austritt Schottlands aus dem Vereinigten Königreich nach sich ziehen würde.⁸

Der Umkehrschluss, dass ein Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU die Unabhängigkeitsfrage Schottlands beendet, wäre allerdings falsch. Durch den Erdrutschsieg der *Scottish National Party* (SNP) bei der Parlamentswahl vom 7. Mai, bei der sie 56 der 59 Wahlkreise in Schottland gewinnen konnte, hat deren dezidierte politische Ambition eines unabhängigen Schottlands weiter Auftrieb bekommen. Die Landtagswahl im Jahr 2016 wird zeigen, ob dieser Trend anhält. Die Frage der nationalen Einheit ist eine akute Schicksalsfrage im Vereinigten Königreich. Auch dazu gibt es bekanntlich in Europa Parallelen (Katalonien etc.), wenn nicht gar den Trend, die Herausforderung, regionale Identität, Nationalstaat und europäische Integration in Einklang bringen zu müssen.

DAS REFERENDUM

Das letzte und bisher einzige Referendum zur EU-Mitgliedschaft liegt mittlerweile 40 Jahre zurück. 1975 stimmten 67,23 Prozent für einen Beitritt zur EWG.

6 | Immerhin weht – im restlichen Großbritannien kaum denkbar – vor dem schottischen Parlament neben der schottischen Fahne und dem Union Jack auch die Europafahne.

7 | Vgl. Scottish Government 2013: *Scotland's Future: Your Guide to an Independent Scotland*, 11/2013, S. 216 ff., in: <http://gov.scot/resource/0043/00439021.pdf> [27.10.2015].

8 | Vgl. Stephens, Philip 2015: *Britain would not survive a vote for Brexit*, Financial Times, 25.06.2015, in: <http://on.ft.com/1MDPFzB> [09.11.2015].

In der aktuellen Referendumsdiskussion wird immer wieder auf dieses erste Referendum verwiesen sowie auf die Tatsache, dass sich in den 40 Jahren vieles in Europa verändert hat, was eine erneute Abstimmung nicht nur rechtfertigt, sondern notwendig macht. Die Frage, inwieweit sich Premierminister Cameron mit seinem Referendumsversprechen 2013 unnötigerweise selbst unter Druck gesetzt hat, ist inzwischen hinfällig, da dieses mit Sicherheit stattfinden wird. Lediglich der genaue Zeitpunkt ist noch offen. Das Referendum wird kommen, es wird – und auch hier lohnt erneut der Blick auf Schottland – das Problem aber nicht lösen.

In Schottland hat die Frage der Unabhängigkeit im Zuge der Referendumskampagne zweifellos an Brisanz gewonnen. Vor allem aber ging die SNP trotz der Abstimmungsniederlage deutlich gestärkt aus dem Referendum hervor. Dieses Risiko besteht beim EU-Referendum ebenso. Selbst wenn dieses, wie aktuelle Umfragen suggerieren,⁹

Selbst wenn das EU-Referendum ein klares Votum für einen Verbleib vorsieht, steht die Frage im Raum, wer sich politisch der Nein-Stimmen annimmt.

ein klares Votum für einen Verbleib zu erkennen gibt, steht die Frage im Raum, wer sich politisch der Nein-Stimmen annimmt. Es sei nur darauf verweisen, dass die UKIP auch bei der letzten Parlamentswahl knapp vier Millionen Stimmen erzielen konnte und nur auf Grund der Besonderheiten des britischen Wahlrechts lediglich einen Sitz im Unterhaus erhielt. Die potenziellen Nein-Stimmen des Referendums könnten jedoch für die UKIP neuen Auftrieb bedeuten und auch die Konservative Partei vor eine schwierige innere Debatte stellen.

Mit dem Versprechen, ein solches Referendum bis spätestens Ende 2017 durchzuführen, zogen David Cameron und seine Konservative Partei 2015 in den Wahlkampf. Die Konservative Partei war damit die einzige Partei, die ein solches Referendum explizit versprach.¹⁰ Mittlerweile mehren sich die Anzeichen, dass die britische Regierung das Referendum bereits für 2016 anstrebt,¹¹

9 | Ergebnisse einer YouGov-Umfrage vom Juni 2015 auf die Frage „Sollte Großbritannien Mitglied in der EU bleiben?“: 43 Prozent antworteten mit „Ja“, 36 Prozent mit „Nein“, 18 Prozent mit „Weiß nicht“ und drei Prozent würden nicht abstimmen. Handelsblatt 2015: Britanniens Sonderweg in der EU, 26.06.2015.

10 | The Conservative Party 2015: The Conservative Party Manifesto 2015, S.72-73, in: <https://conservatives.com/manifesto> [09.11.2015].

11 | Ausgeschlossen wurde bisher der 5. Mai 2016, da zu diesem Zeitpunkt Kommunalwahlen im Vereinigten Königreich stattfinden. Als mögliche Termine gelten Juni oder Oktober 2016. Für Oktober 2015 ist die Verhandlung im *House of Lords* vorgesehen, so dass bereits Ende 2015 die vollständigen gesetzlichen Voraussetzungen und ein genauer Abstimmungstermin vorliegen könnten.

um zeitlich nicht mit den französischen Präsidentschaftswahlen im ersten Halbjahr 2017 und mit den deutschen Bundestagswahlen im Spätsommer 2017 zu kollidieren.



Demonstration gegen die Unabhängigkeit Schottlands: Der Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU ist eng mit dem Verbleib Schottlands im Vereinigten Königreich selbst verknüpft. | Quelle: © Cathal McNaughton, Reuters.

Innenpolitisch werden die nächsten Wochen und Monate spannend, auch oder gerade wegen des Referendums. War Europa im vergangenen Wahlkampf noch kein zentrales Thema, hat sich dies schlagartig geändert. Die europaweite Asyl- und Migrationsdebatte, die Griechenlandkrise und die an Intensität zunehmende *Brexit*-Debatte haben Europa erneut in den Mittelpunkt der politischen Debatte im Vereinigten Königreich gerückt, wobei gerade diese Themen die EU-Befürworter in Bedrängnis bringen könnten.

Mitte Oktober 2015 lancierten beide Lager offiziell die jeweiligen Kampagnen. Auf der Seite der Out-Kampagne rivalisieren die *leave.eu* (im Wesentlichen von UKIP und Nigel Farage getragen) und *vote leave*-Kampagne (mit Politikern unterschiedlicher Parteien und Unternehmern sowie Nigel Lawson an der Spitze) um die Meinungsführerschaft (inzwischen mit beträchtlichen Spendengeldern ausgestattet und entsprechend handlungsfähig). Auf der Seite der In-Kampagne (*Britain stronger in Europe*) steht der ehemalige CEO von Marks & Spencer, Lord Rose an der Spitze; die ehemaligen Premierminister John Major, Tony Blair und Gordon Brown unterstützen diese ebenfalls.

DIE BRITISCHEN EU-REFORMVORSTELLUNGEN

David Cameron hat es bisher vermieden, die britischen EU-Reformvorstellungen allzu deutlich öffentlich kundzutun. Dafür gibt es gute innenpolitische Gründe: Ein solch detaillierter Forderungskatalog würde von UKIP, Teilen seiner eigenen Partei, der mehrheitlich EU-kritischen Presse und vermutlich aus taktischen Gründen auch von den Oppositionsparteien „zerpflückt“ und als unzureichend einerseits und unrealistisch andererseits verworfen werden.

Die britische Regierung, die aus vergangenen Fehlern gelernt hat, führt nun einen intensiven Verhandlungsmarathon mit allen EU-Mitgliedstaaten durch.

Es ist vielmehr festzustellen, dass die britische Regierung aus den Fehlern der vergangenen Legislaturperiode gelernt hat. Anstatt öffentlich unrealistische Forderungen zu

stellen, ist nun erkennbar, dass die Regierung, allen voran Premierminister Cameron, aber auch Außenminister Hammond und Schatzkanzler Osborne, einen intensiven diplomatischen Verhandlungsmarathon begonnen haben und in allen Mitgliedstaaten sowie in Brüssel selbst für die eigenen Reformvorstellungen werben und Lösungsansätze sondieren. Bezeichnenderweise ist auch in der Kommission (trotz der anfänglichen britischen Fundamentalopposition gegen den Kommissionspräsidenten) eine hohe Bereitschaft erkennbar, auf die britischen Vorschläge einzugehen.¹²

Die Themenfelder, in denen die britische Regierung Reformen anstrebt, sind wirtschaftlicher, politischer und sozialer Natur. Wirtschaftlich steht die Vervollständigung des gemeinsamen Marktes, insbesondere durch die weitere Öffnung bei Dienstleistungen und des digitalen Marktes, sowie die Berücksichtigung der Belange und Bedürfnisse der Nicht-Eurostaaten im Mittelpunkt. Politisch steckt hinter der symbolischen Forderung, das Prinzip der *ever closer Union* aus den römischen Verträgen zu streichen, die Sorge, im Zuge der in der Eurozone notwendigen engeren Integration als Nicht-Euroland quasi mitvereinnahmt zu werden. Hier wird letztlich eine Sonderklausel angestrebt, die das Vereinigte Königreich und ggf. andere Nicht-Eurostaaten von diesem Prinzip ausnimmt. Hinzu kommt die Forderung der *repatriation of powers* bzw. die der staatlichen Souveränität. Die breit angelegte Studie der

12 | Vgl. Posener, Alan 2015: Cameron hat schon gewonnen, Die Welt, 02.06.2015 und Barker, Alex / Spiegel, Peter 2015: Frans Timmermans, the man standing between Brussels and Brexit, Financial Times, 19.05.2015.

britischen Regierung¹³ zur Frage, welche Kompetenzen tatsächlich besser auf nationaler Ebene aufgehoben sind, hat zwar keine besonders gravierenden Notwendigkeiten erbracht, die Forderung selbst hat aber weiterhin eine hohe symbolische Bedeutung.

Bei den sozialen Themen steht die Migrationsthematik im Mittelpunkt. Die Forderungen konzentrieren sich auf die Kürzung von Sozialleistungen für Migranten bzw. eine zeitlich begrenzte Aussetzung derselben, in der Hoffnung, so den Zufluss insgesamt zu reduzieren – eine Hoffnung, die sich angesichts der Zustände in Calais und im restlichen Europa als illusorisch erweisen dürfte.

Der schwierige Balanceakt ist und bleibt dabei, Reformen anzustreben, die einerseits substanziell genug sind, um im Vereinigten Königreich als relevant anerkannt zu werden, aber andererseits nicht so ambitioniert sind oder offensichtlich als rein britische Eigeninteressen wahrgenommen werden, dass eine Umsetzung bzw. Konsensfindung unmöglich wird.

Bemerkenswert ist, wie sich die Wortwahl gewandelt hat. Die britischen Verhandlungsführer sind erkennbar bemüht, die Reformen so darzustellen, dass sie der Stärkung Gesamteuropas dienen und die Fundamentalforderung nach Änderung der EU-Verträge als *conditio sine qua non* ist wesentlich nuancierteren Vorschlägen gewichen, die ggf. auch innerhalb der bestehenden Verträge erreicht werden können. Das beste Beispiel dafür ist die Migrationsdebatte. Nachdem schnell klar wurde, dass die Personenfreizügigkeit bei allen anderen EU-Mitgliedstaaten und auch dezidiert in Deutschland als unverzichtbarer Bestandteil der EU gesehen wird und damit nicht zur Disposition steht, hat sich die britische Seite darauf konzentriert, den Missbrauch von Sozialleistungen durch Migranten anzuprangern und dafür sofort eine wesentlich größere Verhandlungsbereitschaft erfahren. Die Zuspitzung der Asyl- und Migrationsproblematik in ganz Europa und die sich in diesem Zusammenhang ergebende Diskussion über Grenzkontrollen etc. hat den Verhandlungsspielraum für Cameron erweitert.

Inzwischen bemühen sich britische Meinungsführer, die Reformen so darzustellen, als dienten sie der Stärkung Gesamteuropas.

13 | Foreign & Commonwealth Office 2014: Final reports in review of EU Balance of Competences, 18.12.2014, in: <https://gov.uk/government/news/final-reports-in-review-of-eu-balance-of-competences-published> [09.11.2015].

Premierminister Cameron, der bei seiner viel beachteten Parteitagrede Anfang Oktober einen bemerkenswerten Schwenk hin zur gesellschaftspolitischen Mitte vollzog und dabei starke sozialpolitische Akzente setzte, machte bei dieser Gelegenheit noch einmal klar, wo er gegenwärtig in der europapolitischen Frage steht. Bei den Verhandlungen der EU-Reformen geht es ihm vorrangig um die Interessen Großbritanniens (in seinen Worten: „what is in Britain’s best interest“). Ebenso unterstrich er, dass dies keine emotionale Frage für ihn sei („I have no romantic attachment to the European Union and its institutions“). Er unterstrich aber auch den Willen und die Bereitschaft, innerhalb der EU für ein stärkeres Europa zu kämpfen.

DIE DEUTSCH-BRITISCHEN BEZIEHUNGEN

Eine besondere Rolle in der Diskussion um die EU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreiches nimmt seit rund drei Jahren Deutschland ein. Sie resultiert vor allem aus der gestiegenen Wertschätzung, die Deutschland im Vereinigten Königreich inzwischen

Die britische Wertschätzung Deutschlands äußerte sich u.a. darin, dass Bundeskanzlerin Merkel im Februar 2014 vor dem britischen Parlament sprechen konnte und sowohl den britischen Premier als auch die Queen traf.

genießt (in Sachen Wirtschaft, Politik und sogar Fußball), der nüchternen Analyse der tatsächlichen Kräfteverhältnisse in der EU (und hier die aus britischer Sicht gesunkene Relevanz Frankreichs) und die daraus abgeleitete Bedeutung, die eine Unterstützung Deutschlands bzw. der Bundesregierung und

insbesondere der Bundeskanzlerin Angela Merkel für die britischen Reformvorstellungen hat. Diese Wertschätzung fand insbesondere beim Besuch der Bundeskanzlerin im Februar 2014 Ausdruck, als sie vor beiden Häusern des britischen Parlaments sprechen konnte und binnen weniger Stunden mit dem britischen Premierminister und Queen Elisabeth II. zusammentraf. Der Gegenbesuch der Queen in Deutschland im Juni 2015 war die entsprechende protokollarische Fortsetzung, bei der es auch – und dies zeigte der Auftritt von Premierminister Cameron beim Termin in Bellevue – um die Reform der Europäischen Union ging. An die genannte Wertschätzung ist jedoch eine Erwartungshaltung gekoppelt, die zuweilen die Realität übersteigt. Besonders deutlich wurde dies beim missglückten Versuch Camerons, die Wahl Jean Claude Junckers zum EU-Kommissionspräsidenten zu verhindern. Er hatte offensichtlich auf deutsche Unterstützung gehofft, was zu keinem Zeitpunkt eine realistische Option war. Trotz dieses Auseinanderklaffens zwischen Erwartung und Realität bleibt Angela Merkel in Fragen der EU-Reformen und der britischen Mitgliedschaft die

„ziemlich beste Freundin der Briten“,¹⁴ auch wenn diese Freundschaft bisweilen strapaziert wurde.¹⁵



Bundeskanzlerin Merkel zu Besuch in Großbritannien: In Sachen EU-Reform gilt die deutsche Bundeskanzlerin als „ziemlich beste Freundin der Briten“. | Quelle: Arron Hoare, MoD, flickr ©©©©.

Die britische Mitgliedschaft ist auch für Deutschland nicht ohne Selbstzweck bzw. in mancherlei Hinsicht von strategischer Bedeutung. „Das Verlassen der EU wäre für das Vereinigte Königreich ein Desaster, für Deutschland wäre es eine Katastrophe“, zitierte die *Financial Times*¹⁶ einen nicht näher genannten deutschen Minister. Das bestätigte Anfang Oktober eine vom britischen Think-Tank *Open Europe* in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage,¹⁷ nach der es in der deutschen Bevölkerung ein beträchtliches Maß an Sympathien für die EU-Reformen gibt, wie sie die britische Regierung heute anmahnt. Besonders in Fragen der Kompetenzverlagerung, der Vetorechte für die Parlamente und der Beschränkung des Zugangs zu den Sozialleistungen der Mitgliedstaaten stimmen Deutsche und Briten weitgehend überein.

14 | Siehe Thibaut, Matthias 2015: Die ziemlich beste Freundin der Briten, Handelsblatt, 08.01.2015.

15 | Der Austritt der Konservativen Partei aus der EVP-ED Fraktion 2009 und die Aufnahme der AfD in die ECR-Fraktion 2014 seien hier nur exemplarisch genannt.

16 | Parker, George / Barker, Alex 2015: Europe: The British question, *Financial Times*, 20.05.2015.

17 | Forsa 2015: Quo vadis EU? Meinungen der Bundesbürger zur EU-Reform und einem möglichen Brexit, 13.10.2015, in: http://openeuropeberlin.de/Content/Documents/Event_BCCG_EU_131015.pdf [09.11.2015].

Fakt ist, dass das Vereinigte Königreich nicht nur für die EU insgesamt mit seiner Wirtschaftsmacht und seinem militärischen Potenzial außen-, wirtschafts- und handelspolitisch ein wichtiges Mitgliedsland ist, sondern auch in vielen ordnungspolitischen Fragen eine signifikante Nähe zu deutschen Positionen vertritt. Das oftmals kolportierte nördliche bzw. nordöstliche Gegengewicht zu eher mediterranen Positionen in der EU würde ohne das Vereinigte Königreich eindeutig schwächer ausfallen. Davon profitiert die EU, davon profitiert aber auch und nicht unwesentlich Deutschland, vorausgesetzt, das Vereinigte Königreich bringt diese Überzeugungen und Positionen in die europapolitische Debatte insgesamt und nicht nur zur Wahrung partikularer Interessen ein.

Diese Einschätzung gilt auch und insbesondere im Kontext der *Grexit*-Debatte. Auch wenn sich die veröffentlichte Meinung im Vereinigten Königreich mit zum Teil martialischer Wortwahl auf die Seite der griechischen Interessen schlug und Deutschland den Schwarzen Peter zuschob,¹⁸ war von Seiten der britischen Regierung eine auffallende Zurückhaltung festzustellen und das Bemühen erkennbar, die Beziehungen zu Deutschland nicht zu belasten. Diese Zurückhaltung wurde allerdings im Zuge der massiven Migrations- und Asylströme nach Deutschland und der entsprechend von der Bundesregierung vorgetragenen Migrationspolitik aufgegeben und letztere mit breitem Unverständnis sowie offener Kritik erwidert.

DIE ZUKUNFT DES KÖNIGREICHS IN EUROPA

Die Diskussion um den möglicherweise drohenden *Brexit* akzentuiert die Frage nach der Zukunft des Vereinigten Königreichs als Nation, aber auch nach derjenigen Europas als Staatengemeinschaft.

Letztlich geht es aus britischer Sicht neben der innen- und wirtschaftspolitischen Diskussion auch um die Frage nach der eigenen Rolle in der Welt. Der schwierige Prozess der internationalen „Selbstfindung“ der ehemaligen Weltmacht des *British Empire* ist in vollem Gange. Der dabei zu Tage tretende Anspruch, weiterhin als eigenständige Nation auch auf internationaler Bühne ein erst zu nehmender und relevanter *player* sein zu wollen und sich dabei nicht in einer „Brüsseler Bevormundung“ (so die Perzeption

18 | Vgl. KAS-Stimmungsbild 2015: Einigung in der Griechenland Krise – Weltweite Reaktionen, 07/2015, S. 24-27, in: http://kas.de/wf/doc/kas_42136-544-1-30.pdf?150728164946 [09.11.2015].

im Land) gängeln zu lassen, stößt zunehmend an Grenzen (Budgetkürzungen in der Verteidigungs- und Außenpolitik, klare Aufforderungen beispielsweise aus Washington, sich als EU-Mitglied international zu engagieren). Andererseits steht auch für die EU viel auf dem Spiel. Selbst ein weniger schlagkräftiges Vereinigtes Königreich ist als Atommacht und Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen noch immer ein unverzichtbarer Bestandteil der EU-Außen- und Sicherheitspolitik. Ein *Brexit* würde daher auch die EU nachhaltig schwächen.

Auf der Suche nach einem „fairen Deal“¹⁹ zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich steht in den nächsten Monaten für beide Seiten viel auf dem Spiel. Es gilt aufeinander zuzugehen, gesamteuropäische Lösungen zu suchen und die gegenseitige Akzeptanz zu erhöhen. Anders formuliert: Letztlich geht es um eine britischere EU und ein europäischeres Vereinigtes Königreich.

Mit Blick auf den Ausgang des Referendums werden im Vereinigten Königreich sowohl harte Fakten als auch die emotionale Perception eine gewichtige Rolle spielen. Bei ersterem zählt letztlich, wie der *Economist* richtig formulierte,²⁰ das nackte Eigeninteresse, also die Frage, ob die EU-Mitgliedschaft mehr Geld in die Taschen der britischen Bürger spült oder mehr Migranten in die britischen Arbeitsagenturen. *Business for Britain* hat das auf der Seite der NO-Kampagne bereits thematisiert: Deren Studie besagt, dass ein Austritt aus der EU jedem britischen Haushalt pro Jahr 933 Pfund mehr bringen würde. Mit Blick auf die emotionale Seite wird die These aufgestellt, dass das Vereinigte Königreich „kulturell und psychologisch“ seinen ehemaligen Kolonien näher stünde als den europäischen Nachbarn. Hier wird die YES-Kampagne ebenso mit harten Fakten und emotionalen Argumenten kontern müssen. Bisher ist davon noch nicht viel zu sehen.

Manche behaupten, dass das Vereinigte Königreich seinen ehemaligen Kolonien „kulturell und psychologisch“ näher stünde als seinen europäischen Nachbarn.

Für die noch unentschiedenen Wähler steht letztlich auch die Frage im Raum, was für ein Land das Vereinigte Königreich ist und sein will – mit Blick auf die eigene glorreiche Geschichte, aber auch mit dem Blick auf die Realität und die sich verändernden globalen Rahmenbedingungen. Und genau hier liegt die Herausforderung

19 | Vgl. Pöttering, Hans-Gert 2015: Ein fairer Deal mit Großbritannien, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.07.2015.

20 | Vgl. The Economist 2015: The psychology of a peninsula, 25.07.2015.

für die YES-Kampagne: Sie müssen eine positive Zukunft des Vereinigten Königreichs mit einem Verbleib in der EU verknüpfen und dürfen sich nicht nur auf ein düsteres Szenario für den Fall eines Austritts konzentrieren. Die emotionale Debatte wird eine erhebliche Rolle spielen, oder wie Rafael Behr es im *Guardian* formulierte: „Die EU-Stimme wird nicht im Eurostar, sondern im Pub gewonnen.“²¹

Für diejenigen, die das Vereinigte Königreich als Teil Europas sehen, ja sogar – wie John Major – im Herzen Europas, mag der Hinweis des *Economist* hoffungsvoll stimmen, dass das Vereinigte Königreich zwar geografisch eine Insel ist, politisch und wirtschaftlich aber längst eine europäische Halbinsel geworden sei, mit seinen Eigenarten, aber eben doch klar verbunden (nicht nur durch den Eurotunnel) mit dem Rest Europas. Immerhin stellte bereits Margaret Thatcher, die nicht unbedingt im Verdacht stand, besonders europhil zu sein, Harold Macmillan zitierend, fest: „We are European, geographically and culturally and we cannot, even if we would, disassociate ourselves from Europe.“²² Zum Wohle Europas und zum Wohle des Vereinigten Königreiches möge man sich in den Monaten der Verhandlungen und Kampagnen bis zum Referendum, aber eben auch darüber hinaus, an diese Worte erinnern.

21 | Behr, Rafael 2015: The EU Vote won't be won on the Eurostar but in the pub, *The Guardian*, 26.08.2015.

22 | Rede am 16.04.1974 zu Beginn der 1975er Referendums-Kampagne bei der *Conservative Group for Europe*, bei der diese den ehemaligen konservativen Premierminister Harold Macmillan mit diesem Satz zitierte. Vgl. Thatcher, Margaret 1975: „Speech to Conservative Group for Europe (opening Conservative referendum campaign)“ (Rede), 16.04.1975, in: <http://margareththatcher.org/document/102675> [09.11.2015].